

Neue Zürcher Zeitung

Libanon: Die Revolution ist tot, es lebe die Revolution

Vor einem Jahr erhoben sich die Libanesen gegen die politischen Führer ihrer Religionsgruppen. Aber sie konnten die alten Warlords nicht loswerden. Die bösen Geister des Bürgerkriegs und die tief verankerte Korruption halten das Land im Würgegriff.

Christian Weisflog, Text; Dalia Khamissy, Bilder, Beirut

16.10.2020, 14.20 Uhr



Elie Salem in seiner Residenz im Norden Libanons. Der ehemalige Universitätsprofessor diente seinem Land während des Bürgerkriegs in den achtziger Jahren als Aussenminister.

In der mediterranen Hügellandschaft des Nordlibanon ist die existenzielle Krise

des Landes nicht auf den ersten Blick erkennbar. Die von üppigen Gärten umgebenen Kalksteinhäuser in den pittoresken Dörfern scheinen für die Ewigkeit gebaut. Olivenhaine, Granatapfelbäume und Palmen, wohin das Auge reicht. Nur eine hüfthohe, zum Himmel gereckte weisse Faust am Strassenrand erinnert an den turbulenten Sturzflug des bankrotten Mittelmeerstaates. «Thawra» (Revolution) steht auf dem Arm der geballten Hand.

Das übergrosse Original der Revolutionsfaust errichteten Demonstranten vor einem Jahr auf dem Märtyrerplatz in der Hauptstadt Beirut. Geplante Steuererhöhungen und ein kollabierendes Finanzsystem trieben ab dem 17. Oktober 2019 Hunderttausende im ganzen Land auf die Strassen. Ob Schiiten im Süden, Sunniten im Norden oder Christen in der Landesmitte, gemeinsam wollten sie die gesamte alte Elite zum Teufel jagen. «Mit alle sind alle gemeint», lautete die Parole. Mit einer Tabula rasa wollten die Revolutionäre der grassierenden Korruption und dem Konfessionalismus ein Ende setzen. Eine unabhängige Expertenregierung, die sich nicht mehr nach dem Prinzip der Religionszugehörigkeit, sondern der persönlichen Eignung zusammensetzt, sollte Reformen einleiten und Neuwahlen vorbereiten.

Die Christen fürchten um ihren Einfluss

Obwohl in den vergangenen Monaten grosse Teile der Bevölkerung in die Armut abrutschten, sind bis heute weder Reformen noch Neuwahlen in Sicht. Die alten Machtstrukturen haben sich als stärker erwiesen. Warum, erklärt die Geschichte: «Libanon wurde 1920 als konfessionalistisches Gebilde unter christlicher Vorherrschaft und französischem Mandat konzipiert», erklärt Elie Salem unter einer grossen Eiche in seinem Garten in Btorram, einer christlichen Gemeinde in Nordlibanon. Der Islamwissenschaftler war während des Bürgerkriegs in den achtziger Jahren libanesischer Aussenminister. «Jede Regierungsform, die keinen Ausgleich zwischen den Konfessionen schafft, führt zu Krieg», sagt der 90-

Jährige auch heute noch überzeugt.

Die Maroniten, die grösste christliche Gemeinschaft, hätten ursprünglich als Flüchtlinge Schutz in den libanesischen Bergen gesucht, erzählt Salem. Auch die Schiiten und Drusen seien verfolgte Minderheiten gewesen. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1943 einigten sich die Anführer der verschiedenen Religionsgruppen deshalb auf den «nationalen Pakt». Demnach muss der Präsident stets ein Maronit, der Regierungschef ein Sunnit und der Parlamentsvorsitzende ein Schiit sein. Im Parlament, in der Regierung und der Verwaltung war eine Mehrheit der Posten für die Christen reserviert, im Verhältnis von 6 zu 5.

Die Vormachtstellung der Christen beruhte auf einer Volkszählung von 1932, gemäss der sie eine hauchdünne Mehrheit der Bevölkerung stellten. Die demografische Entwicklung hat die Gewichte jedoch längst zugunsten der Muslime verschoben. Am Ende des Bürgerkriegs 1989 mussten die Christen deshalb im sogenannten Taif-Abkommen eine Schwächung ihrer Stellung hinnehmen. Seither werden die Mandate in Regierung, Parlament und Verwaltung je zur Hälfte mit Christen und Muslimen besetzt. Der maronitische Präsident musste Kompetenzen an den sunnitischen Regierungschef abtreten. Doch die Christen sind auch mit dieser Formel immer noch überrepräsentiert. Denn sie stellen heute vermutlich nur noch rund ein gutes Drittel der Bevölkerung.

Eine revolutionäre, demokratischere und von konfessionellen Schranken befreite Regierungsformel würde deshalb den Einfluss der Christen weiter einschränken. Das ist allen bewusst. Nicht umsonst fand in Libanon seit 1932 keine offizielle Volkszählung mehr statt. Salem mag sich an eine Episode erinnern: «Im Taif-Abkommen ist die Einsetzung eines nationalen Rates vorgesehen, der die Abschaffung des Konfessionalismus schrittweise vorantreiben soll.» Er habe den

ersten Nachkriegspräsidenten, Elias Hrawi, gefragt, warum er diesen Rat nun nicht einberufe. Darauf habe dieser geantwortet: «Bist du verrückt? Willst du wirklich, dass ich das tue?»



Parteien in Libanon markieren in Libanon gerne ihr Territorium. An dieser Mauer prangern die Symbole der christlichen Libanese Forces: Der Zedernaum und das Kreuz.

Opfer des Regionalkonflikts zwischen Iran und Israel

Für Salem ist das Grundübel der libanesischen Nachkriegsordnung nicht der Konfessionalismus, sondern der korrumpierte Konfessionalismus. Eine Ursache dafür ist die 1991 vom Parlament verabschiedete Generalamnestie für begangene Kriegsverbrechen. Milizenführer kamen straffrei davon und spielen bis heute in der libanesischen Politik eine wichtige Rolle. «Es gibt keine herrschende Klasse in Libanon, nur eine Clique feudaler Milizenführer und ehemaliger Militärs.»

Die fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit verhindert bis heute eine nationale Versöhnung zwischen den insgesamt achtzehn Religionsgruppen. Zwar sind meist alle mit ihren Parteien in der Regierung vertreten, aber gegenseitiges Misstrauen verhindert eine konstruktive Zusammenarbeit. Ein Beispiel dafür ist die mangelnde Stromversorgung. Seit Jahren kommt der Bau eines Kraftwerks nicht voran, weil die Christen es gerne in einem christlichen Gebiet bauen würden, obwohl es technisch mehr Sinn ergeben würde, es in einer schiitischen Region zu bauen.

Das zweite Grundübel der Nachkriegsordnung ist die selektive Entwaffnung der Milizen. Der schiitische Hizbullah durfte seine Waffen behalten, um weiter Widerstand gegen die israelische Besatzung im Süden zu leisten. Doch auch nach dem Rückzug Israels im Jahr 2000 behielt die von Iran ausgerüstete Miliz ihre Waffen, wurde zu einem Staat im Staat und einem internationalen Akteur in Syrien und Jemen.

«Wir können über keinerlei Reform diskutieren, bevor der Hizbullah nicht entwaffnet ist», meint Salem. Dies wiederum sei aber nur möglich durch ein regionales Abkommen zwischen den USA, Iran und Israel. «Der Hizbullah ist stärker als der Staat, er hat 50 000 Mann, die bereit sind, für ihn zu sterben.» Die libanesische Armee zähle zwar 70 000 Soldaten, bestehe aber aus Christen, Sunniten und Schiiten. «Wenn man die Armee gegen eine Glaubensgemeinschaft einsetzt, fällt sie auseinander. Sie ist neutralisiert.» Deshalb führe in Libanon kein Weg am Hizbullah vorbei. «Wann immer dieser etwas will, schickt er seine Schwarzhemden in die Strassen von Beirut.»



Ahmed Baydun in seiner Wohnung im Beirut Stadtviertel Ashrafiye. Er ist seit 50 Jahren der Mukhtar und kennt in seiner Nachbarschaft alle Einwohner. Das macht ihn bei Wahlen zu einer Schlüsselfigur für den Stimmenfang.

Korrumpierte Wahlen

Unter diesen Voraussetzungen ist es fraglich, ob die von der Protestbewegung geforderten Neuwahlen überhaupt eine Veränderung bringen könnten. Zumal Wahlen in Libanon nicht mit Argumenten und Visionen, sondern mit Geld und Einfluss gewonnen werden. Wie das genau funktioniert, weiss Ahmed Baydun. Er ist seit vielen Jahren Mukhtar – Quartiervorsteher – im Beirut Stadtviertel Ashrafiye. Wer eine Heirats-, eine Sterbe-, eine Geburtsurkunde oder andere Papiere braucht, der geht zum Mukhtar. «Ich kenne jeden hier», sagt Baydun. Und wer viele Leute kennt, der wird bei Parlamentswahlen zum Schlüsselspieler – zum Vermittler zwischen einem Kandidaten und den Wählern.

«Ich organisiere Treffen zwischen den Wählern und dem Kandidaten», erklärt Baydun. Dabei geht es für den Kandidaten nicht in erster Linie darum, sein politisches Programm vorzustellen. Reformen für eine unabhängigere Justiz oder für eine nachhaltigere Energieversorgung sind zweitrangig, die Menschen haben existenziellere Probleme. Die zentrale Frage für die Bürger ist, welche individuellen «Dienstleistungen» der Kandidat für sie erbringen kann. Besorgt er ihren Kindern einen Platz in einer guten Schule, oder verhilft er ihnen zu einer medizinischen Behandlung?

Bei diesen Gefälligkeiten handle es sich nicht um Stimmenkauf, betont Baydun. «Der Abgeordnete steht während der ganzen vier Jahre seines Mandats in der Schuld der Wähler.» Über den Mukhtar könnten sie sich immer wieder an ihn wenden, ohne ihre Würde zu verlieren. «Wird ihr Sohn etwa an einem Checkpoint aufgehalten und hat er seinen Fahrausweis vergessen, ruft der Abgeordnete an, um sich für ihn zu verbürgen.»



Somaya Alayan vor der Wohnung ihrer Schwester in Beirut. Was die Menschen in Libanon in ihren Augen nun am dringendsten brauchen, sind Jobs für ihre Kinder.

«Die Dienstleistungen sind kontinuierlich», sagt auch Somaya Alayan, eine Nachbarin des Mukhtar. Manchmal erhielten sie Gutscheine für den Supermarkt oder Medikamente. Ihrer Schwägerin habe der von ihr gewählte Politiker ein Hörgerät im Wert von 800 Dollar bezahlt. «Früher hat sie viel geweint, der Fernseher lief immer auf voller Lautstärke.» Jetzt lache ihre Schwägerin wieder. «Sie ist eine andere Person», meint die 63-Jährige.

Sollte es Neuwahlen geben, weiss Alayan genau, was sie sich von ihrem Kandidaten wünscht: «Arbeit für meine Enkelkinder.» Die drei Söhne ihrer Tochter verfügen alle über Hochschulabschlüsse in Wirtschaft, Finanzen und Softwareentwicklung. Zwei von ihnen studierten an einer teuren Privatuniversität. Doch der eine helfe nun seinem Vater im Gemüseladen, der

andere installiere Klimaanlage.

«Mein Neffe ist verlobt. Er sollte nun bald heiraten und eine Wohnung einrichten», erzählt Alayan. Doch weil das libanesische Pfund in den vergangenen Monaten 80 Prozent an Wert verloren hat, sind auch die Importpreise rasant angestiegen. «Eine Waschmaschine kostet 9 Millionen Pfund, ein Kühlschrank 7 Millionen.» Rechnet man das zum alten Wechselkurs um, ergibt das 6000 Dollar für eine Waschmaschine. «Mein Neffe wird nicht einmal in hundert Jahren heiraten können.»

Da die Armut in Libanon im vergangenen Jahr von rund 30 auf 55 Prozent gestiegen ist, dürften bei Neuwahlen vor allem diejenigen Kandidaten gute Chancen haben, die ihren Wählern eine Stelle oder etwa auch Kühlschränke besorgen können. Wie in der Vergangenheit besteht dadurch die Gefahr, dass die öffentliche Verwaltung aufgeblasen wird, um schnell Jobs für die eigene Klientel zu schaffen. Dafür wird gerne auch das Gesetz gebogen: So wurden etwa vor den Parlamentswahlen 2018 rund 5000 Personen illegal von Behörden eingestellt.

All das erklärt, warum sich Libanon seit einem Jahr trotz dem wirtschaftlichen Kollaps politisch immer noch im Kreis dreht. Trat der Sunnitenführer Saad Hariri vor einem Jahr unter dem Druck der Strasse als Regierungschef zurück, strebt er nun sein Comeback an. Nachdem die im Februar gebildete Regierung nach der Explosion im Hafen von Beirut im August bereits wieder zerbrach, will der schwerreiche Geschäftsmann zurück an die Hebel der Macht.



Karl Karam ist ein Revolutionär der ersten Stunde. Obwohl er einen schweren Kampf führt, ist er überzeugt, dass die Zeit nicht gegen ihn läuft.

«Es ist ein Kampf, kein Spaziergang»

Angesichts dieser ausweglosen Situation glauben viele Libanesen längst nicht mehr an eine Revolution. An den geplanten Demonstrationen zum Jahrestag am Samstag sind keine Massen zu erwarten. Trotzdem sei der Kampf noch nicht verloren, sagt Karl Karam, ein Revolutionär der ersten Stunde und Mitglied einer Allianz von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Der 33-jährige Architekt ist überzeugt, dass viele Menschen bei Neuwahlen nicht mehr für die alten Parteien stimmen würden. Wie Glücksspieler hätten sie früher immer wieder auf sie gesetzt, in der Hoffnung, dieses Mal zu gewinnen. «Aber jetzt haben wir alles verloren.» Der hochverschuldete Staat könne zudem nichts mehr verteilen. «Die alte Elite hat nichts mehr anzubieten ausser Angst.»

Selbstkritisch geht Karam aber auch mit der zerstrittenen Opposition ins Gericht. Erst nach der verheerenden Explosion im Hafen von Beirut am 4. August mit rund 200 Toten und über 6000 Verletzten habe man sich auf eine gemeinsame Plattform einigen können. «Wir sind eine sehr diverse Gesellschaft», sagt Karam in einem hippen Beiruter Café und nimmt einen Schluck von seinem frisch gepressten Orangensaft. Bis heute sei die Frage, was die Revolution eigentlich wolle, nicht geklärt. Was soll mit den Waffen des Hizbullah und dem Widerstand gegen Israel passieren? Wie weit links oder rechts steht der Volksaufstand? «Vor allem klassenkämpferische Parolen haben die Mittelschicht abgeschreckt. Das war der grösste Bruch in der Protestbewegung.»

Ein Jahr ist für Karam indes eine zu kurze Zeitspanne, um ein abschliessendes Urteil über den libanesischen Aufstand zu fällen. Ein Soldat habe ihm bei einer Demonstration drei Rippen gebrochen: «Es ist ein Kampf, kein Spaziergang.»

Die Krise in Libanon – die Bilder

In der libanesischen Hauptstadt Beirut hat sich am am 4. August eine gewaltige Explosion mit über hundert Toten und mindestens 3000 Verletzten ereignet.

Mehr zum Thema

Libanesen fliehen nach Zypern: «Erschiesst mich, aber bringt mich nicht zurück»

Vor einem Jahr schlug in Tripolis das Herz der libanesischen Revolution. Nun sehen viele nur noch einen hochriskanten Ausweg: Sie flüchten in Booten nach Zypern. Eine Mutter erzählt, wie sie dabei ihr Baby verlor.

Christian Weisflog, Text; Diego Ibarra Sánchez, Bilder 06.10.2020



VIDEO

Revolte und Korruption – nach der Explosion ist Libanon gespaltener denn je

Seit einem Jahr gehen die Menschen in Libanon auf die Strasse. Sie protestieren gegen eine korrupte Elite und die wachsende Ungleichheit. Eine Videoreportage aus Beirut.

Alex Spoerndli, Sven Paulin 16.10.2020



Massenproteste, eine Pandemie und nun diese Explosion: Libanon kämpft mit vielen Krisen gleichzeitig. Vier Betroffene erzählen, warum ihre Hoffnung schwindet

Bereits vor der Explosion in Beirut befand sich Libanon in einer tiefen Wirtschaftskrise. Seit Herbst ist praktisch die ganze Mittelschicht verarmt. Einst wohlhabende Menschen müssen plötzlich den Hunger fürchten. Vier Familien erzählen, wie sich das anfühlt.

Christian Weisflog (Text), Diego Ibarra Sánchez (Bilder), Beirut 06.08.2020



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.